

Dresdner Volkszeitung

Verlagsfirma: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1988.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlag: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Frangierlohn monatlich 12,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 35,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 25,00 M., Einzelnummer 60 Pf.

Nr. 4

Dresden, Donnerstag den 5. Januar 1922

33. Jahrg.

Frankreichs Rückzug in Washington

Die Lage in Washington war in den letzten Tagen ganz ungelöst. Auf der einen Seite die Nachricht, daß die Konferenz sich ihrem Ende nähert, daß man nur noch zwei Vollstimmige abzuhalten gedenke und die Rückfahrt der englischen Delegierten bereits auf den 14. Januar angesetzt sei. Auf der anderen Seite der Hinweis auf die Gegenseite, die ganz besonders in der U-Bootsfrage noch zu seiner Lösung gedrängt hätte.

Vor allem war es die Haltung Frankreichs in dieser Frage, die eine Einigung verhinderte. Die englische und die amerikanische Presse erging sich denn auch in endlosen Ausführungen gegen Frankreich. Wir haben von Anfang an darauf hingewiesen, daß die französischen U-Bootsforderungen in Washington nur gestellt wurden, um für Cannes einen — allerdings gefährlichen — Krampf gegen England in die Hand zu bekommen.

Die Stellungnahme Frankreichs war von vornherein unhaltbar gegenüber der gemäßigten angelsächsischen Front. Schon wegen seiner finanziellen Abhängigkeit von England und Amerika. Mit Recht haben englische Blätter darauf hingewiesen, daß Frankreich unmöglich soviel Geld zu seiner Flottenrüstung ausgeben dürfe, während es auf der anderen Seite von den Zahlungen der deutschen Wiedergutmachungssummen abhängig sei. Das amerikanische Parlament hat verlangt, daß auf Frankreich ein Druck ausgeübt werden soll, um es zur Bezahlung seiner Schulden zu veranlassen und auf diese Weise Frankreich und die andern Schuldnationen zu verhindern, fernhin größere Summen zur Vergrößerung ihrer Flotten- und Landrüstungen auszugeben. Der französische Delegierte, Sarraut, gab offen zu, man habe Frankreich zu verstehen gegeben, daß es besser daran tue, seine Schulden zu bezahlen, als auf seinen U-Bootsforderungen zu bestehen.

Die Stellung Frankreichs wurde weiter geschwächt durch die Veröffentlichung eines französisch-japanischen Geheimabkommens durch eine offizielle Verleumdung. Zwar erfolgte sowohl von japanischer wie von französischer Seite prompt ein Dementi, welches das angebliche Geheimabkommen als Fälschung hinstellte. Doch konnte dadurch der Verdacht nicht restlos beseitigt werden, daß Frankreich ein doppeltes Spiel getrieben habe.

Die Wirkung des englisch-amerikanischen Drucks auf Frankreich zeigt sich rasch: Frankreich hat gerundförmig den von dem Amerikaner Root gemachten Vorschlag angenommen, der eine Verwendung von U-Booten gegen Handelsfahrzeuge verbietet. Ebenso stimmte Frankreich ohne Vorbehalt einem Zusatzprotokoll des Engländers Balfour zu.

Wenn wir auch nie daran gezweifelt haben, daß Frankreich in der U-Bootsfrage nachgeben wird, so ist es doch von entscheidender Wichtigkeit, daß der Druck so stark und so rasch erfolgt ist, daß Triand die französischen U-Bootsforderungen nicht mehr in Cannes gegen Lloyd George auszuspielen kann. Diese Tatsache sowie der damit gleichzeitig erneut erbrachte Beweis des amerikanisch-englischen Zusammengehens wird die Stellung Lloyd Georges in Cannes außerordentlich verstärken. Es ist nicht unmöglich, daß die Entscheidung über die Konferenz von Cannes bereits vor ihrem Beginn gefallen ist — nämlich in Washington.

In der Schantungfrage ist man wieder einmal auf einem toten Punkt angelangt. Die chinesische Delegation soll Balfour und Hughes ersucht haben, erneut zu vermitteln. Im Zusammenhang damit dürfte eine Meldung des New York Herald aus Washington stehen, daß Senator Vorah einen Änderungsantrag über das Viermächteabkommen im Stillen Lyon einbringen wird, wonach die Mächte sich verpflichten sollen, die Rechte und die Souveränität aller interessierten Staaten binnen Jahresfrist wiederherzustellen. Der Antrag verfolgt das Ziel, Japan zu nötigen, Schantung und die andern chinesischen Gebiete, die es augenblicklich in Besitz hat, an China zurückzugeben.

Frankreichs Pläne in China

Paris, 4. Januar. Im Journal veröffentlicht der Resident in Indochina, Pasquier, Erklärungen, denen zufolge die vernünftigste Lösung der pazifischen Frage die Rückgabe Chinas in vier Mandate sei, die Japan, Amerika, England und Frankreich übertragen werden müßten. Man möge nicht glauben, daß China heute für die Großmächte nur ein Artikel sei. Pasquier verlangt eine große Armee für Indochina. Sein Wort werde heute im Osten mehr gebraucht als „Krieg“.

Bürgerliche Steuerfabrikation

Wie in den Zeitungen gemeldet wird, bemüht sich der Reichskanzler Dr. Wirth um ein Steuerkompromiß. Die gegenwärtige politische Lage Deutschlands erweist es dringend, daß recht bald neue Steuererlasse unter Dach und Fach kommen. Wir müssen der Exzente nachweisen können, daß wir wieder möglichst rasch um unsern Haushalt in Ordnung zu bringen. Das Zustandekommen der neuen Steuererhebung ist aber stark gefährdet, da zwischen den sozialistischen Parteien und den bürgerlichen Parteien große Gegensätze bestehen. Die bürgerlichen Parteien sind aufs eifrigste bemüht, den Geldbeutel der Besitzenden vor allzu starken Eingriffen zu schützen.

Die Angehörigen der besitzenden Klassen sind trotz aller scheinbar scharfen Steuererlässe bisher in der deutschen Republik recht gut weggekommen. Man weiß, daß die Einkommensteuer bisher nur von den Festbesoldeten in vollem Umfang erhoben werden konnte, und wenn sie endlich einmal auch von Kaufleuten, Industriellen und Landwirten erhoben werden wird, so werden diese dabei immer noch viel besser fortkommen als die Festbesoldeten. Die Unternehmer haben vor allzu radikalen Möglichkeiten, die volle Höhe ihres Einkommens vor den Händen der Steuerbeamten und der Einkommenskommissionen zu verbergen, während die Einnahmen der Festbesoldeten bis auf Heller und Pfennig festgesetzt werden können. Die Steuerdrückberger der Kapitalisten ist nicht Neues. Auch vor dem Kriege verstand es ein großer Teil der Besitzenden, sich seinen Verpflichtungen zum Teil durch zu niedrige Einkommeneinschätzungen zu entziehen.

Der Deutsche Beamtenbund veröffentlichte jetzt eine von Prof. Müller verfaßte Denkschrift über die „Anwartschaft der Festbesoldeten in der neuen Reichssteuerabgabe“. Müller weist darauf hin, daß schon vor dem Kriege die Einkommeneinschätzung des Einkommens sehr oft recht ungenügend war. In den Jahren 1900 bis 1908 sind in Preußen 24 Proz. aller Steuererklärungen beanstandet worden mit dem Ergebnis, daß in jedem dieser Jahre ungefähr 200 bis 250 Mill. M. mehr zur Steuer herangezogen werden konnten. Die große Masse der Summen gewesen sein, die mit dieser derartigen Beanstandungen nicht erfaßt worden sind. Besonders bemerkenswert war die Zahl der Beanstandungen der Einkommeneinschätzung auf dem Lande, wo etwa 78 Proz. aller Beanstandungen erfolglos waren. Prof. Müller kommt zu dem Schluß, es sei optimistisch geschätzt, wenn man annähme, daß die Einkommen aus Handel und Gewerbe und aus der Landwirtschaft auch nur zu 50 Proz. ihres Solts wirklich erfaßt wurden.

Die Festbesoldeten sind dann, wie Müller mit Recht ausführt, noch dadurch benachteiligt, daß sie infolge des Verfalls ihrer Steuern viel eher bezahlen müssen als die Besitzenden. Dadurch gehen ihnen nicht nur Steuern verloren, sondern solange die Geldentwertung fortwähren, zahlen sie die Steuern auch in einem höher wertigen Gelde als die Besitzenden, die erst Monate oder Jahre später tatsächlich ihre Steuern entrichten. Ferner kann heute kaum mehr gesagt werden, daß die direkten Steuern, Einkommensteuer usw., nicht überwälzbar sind. Solange die Preise so schnell steigen wie in den letzten Monaten, ist damit zu rechnen, daß sich die Unternehmer weitgehend zum Teil für die direkten Steuern durch Preissteigerungen schadlos halten.

Auch bei der Umsatzsteuer sind die Gewerbetreibenden und besonders die Landwirte begünstigt. Die Landwirte sollen zwar die Entnahmen aus den eigenen Betrieben vorziehen, aber nur mit einem ganz geringen Betrage. Sie brauchen jedenfalls für das, was sie aus ihrem Betriebe entnehmen, die Umsatzsteuer nur einmal zu bezahlen, während die gleichen Güter, ehe sie der Festbesoldete kaufen kann, durch mehrere Hände gehen und die Umsatzsteuer dafür vier- oder fünfmal oder noch öfter bezahlt werden muß. Auch Kaufleute und Gewerbetreibende sparen einen Teil der Umsatzsteuer für diejenigen Waren, die sie direkt für ihren eigenen Gebrauch entnehmen. So werden in der Tat Arbeiter, Angestellte und Beamte durch die Steuererhebung viel schwerer getroffen als die Besitzenden.

Die gegenwärtig dem Reichstag vorliegenden Steuererlässe sind teils solche, die indirekte Steuern vorziehen, teils die Gegenwärtigen über die Erhöhung der Umsatzsteuer und der Zuckersteuer, während auf der anderen Seite durch neue Vermögenssteuern die Besitzenden getroffen werden sollen. Die Sozialdemokratie ist an sich bereit, auch für neue indirekte Steuern zu stimmen. Es ist praktisch einfach unmöglich, den ungeheuren Bedarf des Reiches allein durch direkte Steuern zu decken, auch wenn noch so stark zugegriffen wird. Die Arbeiterklasse hat aber vor allen Dingen ein Interesse daran, daß überhaupt genügend neue Steuern geschaffen werden. Erhält das Reich die notwendigen Einnahmen nicht, so muß es immer wieder von neuem die Notenpresse in Anspruch nehmen, und die steigende Notenflut bringt uns eine weitere Zunahme der Geldentwertung, durch die wieder die Arbeiter und Angestellten am schwersten getroffen werden, weil Löhne und Gehälter der Preissteigerung nachhinken.

Die Sozialdemokratie wird aber für indirekte Steuern nur stimmen können, wenn wirklich auch das Notwendige getan wird, um die Besitzenden in gebührender Weise heranzuziehen. Bei den Beratungen der Reichstagskommissionen haben aber die bürgerlichen Parteien, die hier, wo es um den Geldbeutel geht, zusammenhalten, das ihrige getan, um die Besitzenden zu schonen. Die Steuern, die in dem Gesetzentwurf über die Reichsvermögenssteuer vorgezeichnet waren, sind durch die bürgerliche Mehrheit der zuständigen Steuerausschusses sehr stark gemildert worden. Der Vorschlag zu den im Reichsvermögenssteuergesetz vorgeschlagenen Etagen soll nach den Beschlüssen der bürgerlichen Kommissionenmehrheit von 300 auf 200 Prozent herabgesetzt werden. Von der Befreiung der Schwärze, die wir so dringend für die Wieder-

Der englische Reparationsvorschlag?

Eigene Drahtmeldung

Paris, 4. Januar. Die Pariser Blätter sprechen heute von einem neuen Entschwerdungsversuch zur Schlichtung der Gegensätze zwischen England und Frankreich. Zu Anfang der Konferenz in Cannes wird Lloyd George eine Programmrede halten. Die Erörterung der Reparationsfrage wird schon deshalb in den Anfang gerückt werden, weil hierzu schon etwas wie ein festes Programm vorliegt. England wird vorschlagen, um Deutschlands innere Festigkeit endlich zu erhöhen, von den für 1922 vorgeschlagenen festen Annuitätszahlungen von 2 Milliarden Goldmark (laut dem Londoner Minimum) nur einen Betrag von 500 Millionen Goldmark (in zwei Raten im Januar und Februar) anzufordern, die restlichen 1 1/2 Milliarden Goldmark aber vorläufig zu gestunden. Die Schwere der Einigung werden sich aus der Durchführungsart dieses Vorschlags ergeben.

Die finanziellen Garantien, die für dieses Vorhaben gefordert werden sollen, stehen schon ziemlich fest: Statutenänderungen der Reichsbank, deutsche Finanzreform und die Budgetreueingung, erhöhtes Kontrollrecht der Reparationskommission usw. Aber außer diesen werden Forderungen in Sachwerten gefordert und die Schulden Frankreichs und Belgiens an England und Amerika gleichfalls gestundet werden müssen. Ferner muß aber auch zum mindesten theoretisch festgesetzt werden, aus welcher neuen Einkommensquelle Deutschland die gestundeten Zahlungen später nachzahlen soll, und zwar soll dies nach dem englischen Programm aus dem gemeinsamen russischen Wiederaufbau möglich sein. Deutschlandes Postamt aus diesem Geschäft soll zur Hälfte oder ganz auf Reparationskonto geschrieben werden. Um alle diese Forderungen zu lösen, werden die Sachverständigen unaufhörlich zu Rate gezogen werden und es war schon angekündigt, daß verhältnismäßig wenig Vollstimmungen des Obersten Rates stattfinden. Nach der Eröffnungssitzung soll die nächste Sitzung erst Montag beginnen.

London, 4. Januar. Der Manchester Guardian berichtet, daß Keynes ein neues Buch geschrieben habe über eine Revision der Verträge. Das Buch behandelt u. a. das Reparationsproblem in der gegenwärtigen Gestalt.

Wir haben gestern die inoffizielle Teilnahme Rathenaus an der Konferenz in Cannes als „halben Schritt“ bezeichnet. Wie es scheint, soll nun nicht einmal dieser halbe Schritt getan werden: Nach den neuesten Meldungen geht Rathenau nicht nach Cannes. Da man mit der Reise Rathenaus bestimmt gerechnet hatte, so ziehen einige Berliner Morgenblätter daraus den Schluß, daß die Frankosen die Anwesenheit Rathenaus in Cannes nicht wünschen. In Berliner Kreisen ist die Hoffnung auf einen jüngsten Ausgang der Verhandlungen in Cannes dadurch stark herabgesetzt worden.

Der Rat in teilt mit, daß die Mitglieder der Wiedergutmachungskommission, mit Ausnahme des niederösterreichischen Vertreters Amerlas, gestern früh von ihren Regierungen den dringenden Auf-

trag erhalten haben, heute sofort nach Cannes abzureisen. Die Kommission soll nicht offiziell an den Sitzungen teilnehmen, sondern in Cannes abwarten, was vom Obersten Rat über die nächsten Zahlungen beschlossen wird, um dann die neu zu vereinbarenden Bestimmungen über die Januar- und Februarzahlungen mit dem Londoner Zahlungsplan zu verbinden.

Paris, 5. Januar. Die Pariser Presse bemerkt zum Beginn der Konferenz in Cannes, daß Frankreich und Belgien dem internationalen englischen Vorschlag gegenüber stehen und glaubt, daß die wesentlichen Änderungen erfahren werden. Die neuen Garantien, die von Deutschland verlangt werden sollen, seien dahin:

1. gänzliche Beseitigung des Reichsbankstatuts nach dem Muster der Bank von Frankreich und der Bank von England; Ergänzung des Reichsbankstatuts durch einen Vertreter, der von der Reparationskommission benannt wird, aber der Genehmigung der deutschen Regierung bedarf;
2. Vereinfachung des Schatzes zur Erhaltung seines Subjekts durch innere Anleihen;
3. Aufheben jeder Unterbindung ausländischer, aller Subventionen und sonstiger ähnlicher Ausgaben.

Es kommt alles darauf an, ob Belgien Zugeständnisse macht oder England Opfer bringen will. Dem Wiesbadener Abkommen will England angeblich unter gewissen Voraussetzungen zustimmen.

Neben der kommenden internationalen Finanzkonferenz wird erst beschlossen werden. Bei dieser Gelegenheit soll auch über die Angelegenheit der Herabsetzung der deutschen Schulden beraten werden. Ein Aufsatz der Times mahnt auch in letzter Stunde, für das Bündnis mit England einzutreten. Deutschland könne später in nähere Beziehungen zu beiden Staaten treten. Ein englisch-französisches Bündnis sei das einzige Mittel, Deutschland ohne Erschütterungen oder irgendwelche Gefahr für andere in die Gemeinschaft der Völker einzuführen.

Die Forderungen der englischen Arbeiter

London, 5. Januar. Lloyd George wurde, wie berichtet wird, während der letzten Konferenz mit Triand ein Memorandum der britischen Arbeiter überreicht, worin eine radikale Abänderung der Reparationspolitik, die völlige Anerkennung Sozialistischer Forderungen für den Wiederaufbau sowie die Gewährung von Kautelen und Krediten gefordert wurden.

Waloff-Vermond auszuweisen

Eigene Drahtmeldung
Moskau, 5. Januar. Wie wir erfahren, ist Waloff-Vermond, der bekannte russische Reaktions- und Freikorpsführer, am 17. Dezember mit Frau bis 17. Januar ausgewiesen worden. Er hielt sich bisher in Berlin auf. Nach Mitteilungen des Berliner Tageblattes steht er hinter der Neugründung eines Berliner Blattes in russischer Sprache.